



**SCHICHTDIENSTKONFERENZ**

# Arbeitsgespräch mit dem Leiter der Polizeiabteilung Joachim Laux

**Zu einem ersten Arbeitsgespräch zu den Ergebnissen der GdP-Schichtdienstkonferenz traf sich der Landesvorstand mit Vertretern der Polizeiabteilung. In einem mehrstündigen Meinungsaustausch wurden die Forderungen der GdP zum Thema Schichtdienst beleuchtet. Einigkeit herrschte in der Einschätzung, dass der Schichtdienst eine wichtige Säule der Polizei ist und der besonderen Beachtung bedarf.**



V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Joachim Laux, Heinz-Werner Gabler

Referatsleiter Philipp Römer sicherte zu, dass der Abschluss einer Dienstvereinbarung zum Thema „Betriebliche Gesundheitsförderung“ unmittelbar bevorstehe. Die Mitarbeiterbefragung durch die Unfallkasse sei abgeschlossen, die Ergebnisse würden zeitnah in die Diskussion eingebracht und über Auswertungserfordernisse werde dann entschieden. Die Notwendigkeit der von der GdP geforderten Vorsorgekuren wollte Herr Römer so pauschal nicht befürworten. Er will sich aber bei den Ländern, welche solche Maßnahmen anbieten, informieren, ob positive Effekte feststellbar sind. Bernd Becker erläuterte, wie wichtig den Konferenzteilnehmern das Instrument der Vorbeugekuren gewesen sei. Es gehe darum, Krankheit zu vermeiden; Adressaten seien also in erster Linie gesunde Kolleginnen und Kollegen. Heinz-Werner Gabler wies darauf hin, dass in Ländern mit freier Heilfürsorge die Durchführung solcher Maßnahmen einfacher ist, als bei der tradier-

ten Beihilfe. Abteilungsleiter Joachim Laux verdeutlichte den GdP-Vertretern, dass es in RLP bereits heute viele Maßnahmen zur Gesundheitsförderung gibt. Es könne nicht sein, dass die Gewerkschaften und Beschäftigten immer neue Angebote fordern, ohne auch eine gewisse Verpflichtung zur Teilnahme zu übernehmen. Die Polizei ist in der Gestaltung der Arbeitszeit so flexibel wie kaum eine andere Berufsgruppe, diese These unterstrich der Inspekteur der Polizei Werner Blatt voll und ganz. Weitere Flexibilisierungen könne es nur mit den Bediensteten geben. Flexibilisierung sei kein Mittel um Personal einzusparen.

Den Vorgesetzten komme die hohe Verantwortung zu, die Beschäftigten mitzunehmen, wenn es um die Einführung neuer Dienstmodelle gehe, war man sich einig. Den Belangen der Beschäftigten muss – so ein wichtiges Workshop-Ergebnis – hohe Priorität eingeräumt werden. Bernd Becker verdeutlichte, dass die Gestaltung von Arbeitszeitmodellen nur vor Ort erfolgen kann, landesweite Einheitsmodelle seien ungeeignet. Geänderte Dienstzeiten im Wechselschichtdienst dürfen nicht zu Streichungen von Zulagen führen, postulierte Heinz-Werner Gabler:



V. l. n. r.: Philipp Römer, Helmut Knerr, Bernd Becker, Günter Schneider, Werner Blatt, Joachim Laux, Ernst Scharbach, Rainer Leubecher, Heinz Werner Gabler

„Das Zulagenwesen muss überarbeitet werden, um den geänderten Arbeitsweisen zu entsprechen.“ Herr Leubecher stimmte mit den Vertretern der GdP darin überein, dass Verbesserungen bei der Gewährung von Zulagen ein probates Mittel



V. l. n. r.: Rainer Leubecher, Helmut Knerr

sein könnten, um die Attraktivität des Wechselschichtdienstes zu steigern. Die Aufstellung der einzelnen Forderungen der GdP würden jedoch die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten des Landes bei Weitem übersteigen. Für einzelne Änderungen, insbesondere im Bereich der Anpassung der Vorschriften an die geänderten Arbeitsweisen, bestehe grundsätzli-

*Fortsetzung auf Seite 2*

**VOM 20.–24. APRIL FANDEN DIE PERSONALRATSWAHLEN STATT.**

**DIE ERGEBNISSE WAREN ZUM REDAKTIONSSCHLUSS NOCH NICHT BEKANNT, WESHALB WIR IN DER NÄCHSTEN AUSGABE DARÜBER BERICHTEN WERDEN.**

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>  
<http://www.psw-rp.de>  
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)  
[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)  
[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)



Fortsetzung von Seite 1

che Unterstützungsbereitschaft. Helmut Knerr forderte nochmals die Angleichung der Zulagen für SEK, MEK usw. an die Bundesregelungen. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass mittlerweile beim Bund beinahe das Doppelte gezahlt würde. Knerr: „Wir wollen keine Zweiklassenpolizei.“

Ernst Scharbach brachte den Vertretern des ISM die Ergebnisse der Konferenz zum Teilbereich Personalzumessung näher. Die Personalberechnung

müsse umgekehrt werden, indem zunächst der Bedarf für den Wechsel-schichtdienst bei allen Dienststellen festgestellt und addiert werde. Ernst Scharbach: „Der Schichtdienst darf nicht länger als Steinbruch für den Personalsatz anderer Funktionsstellen erhalten.“ Die Verteilung des so genannten Personalrests auf den Schichtdienst sei an sich schon diskriminierend. Diese Forderungen konnten die Vertreter des ISM so nicht direkt nachvollziehen; man zeigte sich aber interessiert, diese Ideen näher

zu untersuchen. Zwischen den Gewerkschaftsvertretern und den Teilnehmern des ISM wurde vereinbart, die Forderungen der GdP zur Verbesserung der Situation des Schichtdienstes in kleineren Arbeitszirkeln weiter zu bearbeiten.

Ernst Scharbach: „Im Innenministerium sind die Belange des Schichtdienstes angekommen. Ein Schritt in die richtige Richtung. Nun müssen wir an den besprochenen ‚Baustellen‘ weiter arbeiten, um Verbesserungen zeitnah umzusetzen und spürbar zu machen.“ **red.**

**11. KRIMINOLOGISCHES FORUM**

**Intensivtäter Sicherheitsrisiko oder Sündenböcke?**

Der Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafrecht des Universitätsprofessors Dr. Dr. Michael Bock der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz hatte zum 11. Kriminologischen Forum geladen. Im voll besetzten Auditorium Maximum der Universität konnten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ausgemacht werden.

Das Kriminologische Forum des Universitätslehrstuhls Bock wird seit 1998 durchgeführt und ist inzwischen zu einer Institution geworden. Es hat das Ziel, zu aktuellen praxisrelevanten Fragen der Kriminologie, des Jugendstrafrechts und Strafvollzugsrechts einen regelmäßigen und ergebnisorientierten Austausch zwischen den verschiedenen Vertretern aus Wissenschaft und Praxis in Gang zu bringen. Gemäß der Zielsetzung referierten neben Universitätsprofessor Dr. Dr. Bock der Soziologe und Sozialtherapeut der Justizvollzugsanstalt Kiel Jürgen Oetting, Dr. Bott von der kriminalistisch-kriminologischen Forschungsstelle der Polizei beim hessischen LKA und KHK Jürgen Metz vom PP Mainz als Leiter der Projektgruppe Intensivtäterbekämpfung (PG M.I.T.T.E). Gespannt lauschten die GdP-Kollegen Stefanie Loth, Vorsitzende der Landesfrauengruppe der GdP, Ingo Schütte, Vorsitzender der BG Mainz, Sabrina Kunz, Vorsitzende der JUNGEN GRUP-

sident Weber vom PP Mainz, der sich gern zu den Kolleginnen und Kollegen der GdP gesellte. In den Referaten wurden unterschiedliche Sichtweisen und Herangehensweisen an das Problem Intensivtäter deutlich. Während der Soziologe Jürgen Oetting Zweifel an der Konstruktion des Typs Intensivtäter aufzeigte, musste insbesondere KHK Jürgen Metz berichten, dass unabhängig von Ursachen und Verantwortlichkeiten die Polizei jedenfalls mit dem

 **DEUTSCHE POLIZEI**  
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: [www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



**V. l. n. r.:** Karl-Heinz Weber, Steffi Loth, Ingo Schütte, Sabrina Kunz, Holger Mönicke



**V. l. n. r.:** J. Oetting, Dr. B. Bott, Prof. Dr. Dr. Bock, KHK Metz

PE der GdP und Holger Mönicke, GdP-KG-Vorsitzender des LKA den interessanten Ausführungen der Referenten. Ebenso interessiert zeigte sich Polizeiprä-

sident Weber vom PP Mainz, der sich gern zu den Kolleginnen und Kollegen der GdP gesellte. In den Referaten wurden unterschiedliche Sichtweisen und Herangehensweisen an das Problem Intensivtäter deutlich. Während der Soziologe Jürgen Oetting Zweifel an der Konstruktion des Typs Intensivtäter aufzeigte, musste insbesondere KHK Jürgen Metz berichten, dass unabhängig von Ursachen und Verantwortlichkeiten die Polizei jedenfalls mit dem Typ des Intensivtätlers umgehen muss. Gerade dieser polizeiliche Ansatz stand in der anschließenden Diskussion im Mittelpunkt, so dass KHK Jürgen Metz zahlreiche Fragen und Missverständnisse aufzuklären hatte. Die zahlreichen Beiträge von anwesenden Kollegen, Mitarbeitern der Jugendgerichtshilfe sowie Richtern und Staatsanwälten zeigten, dass es sich um ein komplexes Problem handelt, für das es keine einfachen Patentlösungen gibt. Nach dem Ende des offiziellen Teils wurde mit Herrn Universitätsprofessor Dr. Dr. Bock vereinbart, dass die bestehenden Kontakte zwischen seinem Lehrstuhl und dem Landesbezirk der GdP Rheinland-Pfalz weiter vertieft werden sollen. **MS**



**NATO-GIPFEL 2009**

**PERSONALENTWICKLUNG**

# Personalrat Bereitschaftspolizei vor Ort!

# Neue Arbeits- gruppe gegründet

Kolleginnen und Kollegen der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei, aber auch aus dem Polizeieinzeldienst waren anlässlich des Nato-Gipfels 2009 in Baden-Württemberg eingesetzt. Die Kräfte waren mehrere Tage im benachbarten Bundesland bei verschiedenen Einsatzen und Örtlichkeiten eingesetzt. Unterbringung und Verpflegung waren in Ordnung. Die Einsatzzeiten waren lang und die Ruhezeiten, trotz



**Markus Resch, Hundertschaftsführer aus Schifferstadt, unterweist an der Rheinbrücke in Kehl seinen Einsatz**

entsprechender Vorplanungen der einsatzführenden Stellen, kurz. Dies war für die eingesetzten Kräfte belastend. Die Stimmung war vor Ort gut. Davon konnten sich Helmut Knerr, Vorsitzender des Personalrates/Bereitschaftspolizei und stellvtr. GdP-Landesvorsitzender, und Jürgen Weick, stellvtr. Vorsitzender des Gremiums und GdP-Kreisgruppenvorsitzender, in Koblenz bei einer eintägigen Stippvisite ein Bild vor Ort machen. **HK**

Die vielfältigen Klagen aus dem Einzeldienst, insbesondere aus Trier und Kaiserslautern, reißen nicht ab. Die mangelnde Personalausstattung wird aus Sicht der Behördenleitungen und der Personalräte durch den problematischen Altersaufbau und die damit zusammenhängenden Einschränkungen in der Verwendung zusätzlich verschärft. Im zunehmenden Kampf um die Verteilung der frisch ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen wenden die Präsidien an der Rheinschiene ihre spezifischen Belastungen ein, seien es die Einsatzbelastungen, die hohe Zahl der Lehrgangsabordnungen oder die Erziehungsurlaube.

Einige aus dem Innenministerium machen für die desolatte Situation die Personalräte verantwortlich: Die Personalräte hätten seit Jahren verhindert, dass nur noch junge Beamtinnen und Beamte in den Westteil des Landes versetzt würden. Die GdP steht zum Offenhalten der Versetzungsmöglichkeiten für diejenigen, die nun seit vielen Jahren zwischen Heimat- und Dienort hin- und herpendeln. Die Verantwortung für die absehbare Misere trägt vielmehr der Dienstherr selbst! Im Jahr 2003, anlässlich des heftigen Streits um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, hatte die GdP auf die negativen Auswirkungen hingewiesen. Symbolisch stand dafür die Verleihung des „Silbernen Krückstocks“ an die älteste Schicht im Land. **Ernst Scharbach:** „Es ist genau das eingetreten, was wir vor fünf Jahren vorausgesagt haben. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schwächt die ‚Kampfkraft‘ und stellt die ordnungsgemäße Dienstverrichtung immer mehr in Frage!“

Unter Leitung von Koll. **Wolfgang Fromm** hat das ISM nunmehr die „AG Alters- und Geschlechtsverteilungsstruktur“ eingerichtet. Sie soll die Lage analysieren und dem Ministerium Vorschläge unterbreiten. Der Hauptpersonalrat Polizei wird durch Koll. Heinz Werner Gabler vertreten. **ES**

**POLIZEI** Gewerkschaft der Polizei  
**DEIN PARTNER**

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)  
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

## Frühlingsfest der Polizei

der GdP-Kreisgruppe  
Polizeidirektion Kaiserslautern  
„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

**FEUER & EIS**  
Tanzensemble

Eine Verwöhnung für das Auge:  
NOS IPSI

### Die Störzelbacher One & Six

Tanz- und Programmbegleitung

**9. Mai 2009**  
**20.00 Uhr**  
Einlass 19.00 Uhr  
Fruchthalle  
Kaiserslautern

EINTRITTSPREIS: **15,00 €**  
KARTENVORVERKAUF:  
Polizeiladen,  
Eisenbahnstr. 51, 67655 Kaiserslautern  
Personalrat,  
Parkstr. 11, 67655 Kaiserslautern  
VERANSTALTER:  
Polizeisozialwerk Rheinland-Pfalz  
Gewerkschaft der Polizei



# „Mit mir nicht!“

Unter diesem Motto fand im Februar bereits der zweite Gewaltpräventionslehrgang in Koblenz statt. Das Gemeinschaftsprojekt der JUNGEN GRUPPE (GdP) mit ver.di, dem AHS (Allgemeiner Hochschulsport) der Uni Koblenz und dem EWTO Ausbildungszentrum Koblenz, war mit über 30 Teilnehmern randvoll belegt.

Unter der fachlichen Leitung von Jan-Holger Nahler, dem Leiter der EWTO-



**Klare Körpersprache, damit der Konflikt beendet ist, bevor er richtig losgeht.**

Schulen in Koblenz, und Christian Günter, stellv. Landesjugendvorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz, wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Grundzüge der Gewaltprävention näher gebracht.

„Der vermiedene Kampf ist der am sichersten gewonnene Kampf“, so lautete die schnelle Einsicht. Hierzu bedarf es einer deutlichen Körpersprache und klaren Ansagen.

Bei den folgenden Übungen wurde viel gelacht, dennoch waren alle hoch konzentriert bei der Sache.

Um im Notfall gewappnet zu sein, falls alle Deeskalation keine Wirkung zeigt, wurden anschließend diverse, einfache, aber effektive Schlag- und Befreiungsübungen vorgestellt und durchgeführt.

Als nach fünf Stunden die Verabschiedung vor der Tür stand, waren viele sichtlich überrascht, wie schnell



**Spaß war ausdrücklich erlaubt!**

die Zeit vergangen war. Zum Schluss gab es von allen noch ein gemeinsames lautes (!!!) „Mit mir nicht“, danach waren sich die Seminarleiter und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass am heutigen Tag eine gute Portion Selbstvertrauen getankt wurde und dem nächsten Konflikt zumindest etwas gelassener ins Auge geblickt werden kann, wenn er sich nicht sogar ganz vermeiden lässt.

Wir bedanken uns bei Jan-Holger Nahler, der Uni Koblenz und den topmotivierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die uns die Durchführung sehr einfach gemacht haben.

Folgeseminare sind bei entsprechendem Interesse in der Zukunft angedacht.



**Geschafft! Anstrengend, spaßig, lehrreich . . . Wir freuen uns aufs nächste Mal!**

## Kurz und knackig

### ■ DGB-Kapitalismuskongress

Am 14. und 15. Mai veranstaltet der DGB-Bundesvorstand einen Kongress zur Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Ursachen und sozialen Folgen. Es sollen nationale und internationale Fragen zur Demokratisierung der Wirtschaft, der Regulierung der Finanzmärkte, zur Zukunft des Exportmodells Deutschland, der Handlungsfähigkeit des Staates sowie der Humanisierung der Arbeitswelt und den Herausforderungen sozialer Gerechtigkeit behandelt werden. Aus RLP werden die Kollegen Bernd Becker, Markus Stöhr und Ernst Scharbach teilnehmen.

### ■ Urlaub verfällt bei Krankheit nicht

Jahresurlaub, den Beschäftigte nicht nehmen konnten, weil sie während der gesamten Bezugsdauer krankgeschrieben waren, verfällt nicht. Das hat der europäische Gerichtshof festgestellt. Nach deutschem Recht erlischt der Anspruch auf Jahresurlaub zum Jahresende oder zum Ende eines tarifvertraglich geregelten Übertragungszeitraums. Selbst wenn der oder die Beschäftigte im gesamten Jahr krank war und den Urlaub nicht antreten konnte, endet mit Ablauf dieser Frist auch der Anspruch auf eine finanzielle Abgeltung des Urlaubs. Nach dem europäischen Gerichtshof (EuGH) könne der Jahresurlaub kranker Beschäftigter nicht davon abhängig gemacht werden, dass sie im Bezugszeitraum tatsächlich gearbeitet haben. Der Verlust des Anspruchs sei nur rechtens, wenn die Betroffenen tatsächlich die Möglichkeit hatten, ihren Jahresurlaub zu nehmen. Für die finanzielle Abgeltung des Urlaubsanspruchs sei das gewöhnliche Arbeitsentgelt maßgebend.

(EuGH vom 20.01.09, AZ C 350/06)



**AUDIT FAMILIEUNDBERUF**

# Netzwerktreffen der gemeinnützigen Hertie-Stiftung

**Die gemeinnützige Hertie-Stiftung hat Betriebs- und Personalräte auditierter Unternehmen, Institutionen und Hochschulen zu einem Netzwerktreffen nach Frankfurt a. M. eingeladen. Diskutiert wurde die Umsetzung der audit-Zielvereinbarungen in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmer- und Mitarbeitervertretungen. Für die Personalräte der Polizei folgten Margarethe Relet und Karin Decker der Einladung.**

Die Merz Pharma GmbH und Co KGaA stellte ihre Räumlichkeiten in Frankfurt a. M. für die Veranstaltung zur Verfügung. Als bereits reauditertes familienbewusstes Unternehmen vermittelte der Betriebsratsvorsitzende Herr Dr. Koch in einer sehr interessanten Präsentation das Auditierungsverfahren mit all seinen Belegerscheinungen. Von besonderem Interesse waren hierbei die Ausführungen zur Vertrauensarbeitszeit oder die private Telefon- und Internetnutzung, welche eine enorme Erleichterung der Belegschaft für die Organisation des privaten Alltags, wie z. B. der Kinder- oder Angehörigenbetreuung, bedeutet. Merz Pharma bietet seinen Mitarbeitern an allen Standorten inkl. der Außendienste kostenfreie Unterstützung durch Kooperationsverträge mit der Arbeiterwohlfahrt zur Vermittlung und Beratung von Kinderbetreuung und Pflegeleistungen oder der KiBiz e.V. bei Notfall- und



Margarethe Relet

Initiierung von Betriebs- und Dienstvereinbarungen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ und welche Rolle dabei die Betriebsräte spielen. Fast 90% der Betriebe mit Betriebsräten haben Vereinbarungen zur Arbeitszeitgestaltung. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen werden so gut wie nicht berücksichtigt und das, obwohl 1/3 der Betriebsräte das Thema als einen Problembereich ihrer Betriebsratsarbeit bezeichnen. Eine Studie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat gezeigt, dass Betriebs- und Personalräte sich eher nachrangig mit diesem Thema auseinandersetzen. Familienbewusste Personalpolitik wird nicht als querschnittsorientiertes betriebliches Politikfeld gesehen, sondern bleibt „Frauenthema“, selbst nach dem Prozess der Auditierung. Dabei sind die Zielerreichungsgrade familienbewusster Unternehmen weitaus höher als bei Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weniger berücksichtigen. Den wenigsten Arbeitnehmervertretungen gelingt es, das audit als Instrument zu begreifen, welches sich auch politisch vorteilhaft nutzen lässt. In Workshops bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit über Chancen/Potenziale, aber auch über Herausforderungen zu dis-

cutieren, welche sich aus den audit-Zielvereinbarungen ergeben. Im Kern kam man übereinstimmend zu der Aussage, dass Arbeit nicht mehr gleich Arbeit ist, sondern in der heutigen Zeit mit der Familie kompatibel sein muss.

So stellt eine flexible Arbeitszeitgestaltung, Teilzeit- oder Telearbeit eine Chance dar, beides zu vereinbaren. Die Herausforderung an die Führungskräfte besteht darin, ihren Blickwinkel für familienbewusste Personalpolitik so zu erweitern, dass eine Notwendigkeit in der Umsetzung gesehen wird und das audit zu einer ernst zu nehmenden Personalpolitik gehört, von der jedermann profitieren kann. Vereinbarte Ziele dürfen nicht nur kommuniziert, sondern sie müssen auch umgesetzt werden. Einig war man sich daher auch, dass in die Zielvereinbarungen der Führungskräfte die Umsetzung der audit-Zielvereinbarungen mit aufgenommen werden sollten.

Abschließend referierte Herr Meisner vom DGB über ihr Projekt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch hier sind die klassischen Themenfelder der Arbeitszeitgestaltung oder der Kinder- bzw. Elternbetreuung dargestellt worden.

Eine sehr informative Veranstaltung, die die Teilnehmerinnen im Verständnis und im Begreifen des audits als „politisch nutzbares Instrument“ ein Stück weitergebracht hat. Sie hat aber auch gezeigt, dass die Polizei Rheinland-Pfalz in der Umsetzung der audit-Zielvereinbarungen auf einem guten Weg ist und gespannt auf die Re-Auditierung im Herbst dieses Jahres warten darf.

**Karin Decker**



Karin Decker

Ferienbetreuung. Darüber hinaus bemüht sich das Unternehmen derzeit um eine betriebliche Kinderbetreuung (U3) sowie ein Kompetenztraining für pflegende Mitarbeiter.

Herr Becker, Geschäftsführer der beruf- undfamilie gGmbH, informiert über die

Anzeige



**PSW-Rabatt?**  
**0 61 31/9 60 09 31**  
**psw-rp@gdp-online.de**



# Nutzung der elektronischen Post und des Internets

Das Ministerium hat eine AG zur „**Erhebung u. a. der Alters- und Geschlechtsverteilungsstruktur**“ unter Leitung von Koll. **Wolfgang Fromm** eingerichtet. Sie soll Regelungsvorschläge für künftige Versetzungs- und Umsetzungsmaßnahmen und die Besetzung von Tagesdienstfunktionen erarbeiten.

Im Vergleich zu 2007 ist die Zahl der **krankheitsbedingten Fehlzeiten** 2008 von 6,6% auf 7% (in Fehltagen gerechnet: von 16,5 auf 17,5) gestiegen. Im Tagesdienst liegt die Quote bei 8%, im Schichtdienst bei 7%.

Die Dienstvereinbarung über die „**Nutzung der elektronischen Post und des Internet**“ ist nach Unterzeichnung durch den Minister und HPRP in Kraft getreten – die Ausweitung der Erlaubnis zur privaten Nutzung ist noch in der Diskussion zwischen ISM und HPRP.

Der Fragebogen zur **Evaluation des § 208 LBG** (Verlängerung der Lebensarbeitszeit) wurde am 4. März an die BuE übersandt. Am 15. April sollen die Antworten vorliegen. Das ISM sagt die Einbeziehung der Erkenntnisse aus der Befragung zur betrieblichen Gesundheitsförderung durch die Unfallkasse Andernach zu.

Das ISM hatte das „**Sonderprogramm zur Beschäftigung arbeitsloser und schwerbehinderter Menschen über 55 Jahren**“ verlängert – und sich darüber geärgert, dass es angeblich kaum geeignete Bewerber in dieser Zielgruppe gebe. Minister **Karl Peter Bruch** hat im Gespräch mit Koll. **Ernst Scharbach** die Inspektionsleiter ausdrücklich dazu ermuntert,

eigenständig Arbeitsfelder zu benennen, Kontakt zu den örtlichen Arbeitsagenturen aufzunehmen und gemeinsam mit PV für die Einstellung der Tarifkräfte zu sorgen. Die Entgeltgruppe soll grundsätzlich bis zu EG 6 liegen.

**TKÜ/CC** (Projektgruppe Telekommunikationsüberwachung) und der EG Zeit (islamischer Terrorismus).

Der Benennung der Lehrkräfte für die Höhere Berufsfachschule Lahnstein hat der HPRP zugestimmt. Für die vier Plätze hatten sich 28 Kolleginnen und Kollegen beworben. Das ISM plant die **Optimierung der Alarmempfangsstellen** für die Überfall- und Einbruchmelde-Anlagen. Es soll eine Zentralisierung bei den

Präsidien erfolgen. Der HPRP fordert vor einer Beschlussfassung vom Ministerium weitere Erläuterungen zu den voraussichtlichen Konsequenzen.

Die Ausgabe von **Sportbekleidungen** ist erneut in der Diskussion. Derzeit erhalten nur noch MEK, SEK, BFE und die Studentinnen und Studenten Trainingskleidung. Der HPRP ist der Auffassung, dass gerade im Hinblick auf die neuen Dienstsport-Richtlinien die Sportbekleidung an alle Sportler ausgegeben werden sollte. Das ISM möchte den Kreis der Bezieher hingegen weiter verkleinern. Der hat zugestimmt.

Die Studentinnen und Studenten erheben die Meinungen der Kolleginnen und Kollegen zu bestehenden **Fortbildungsveranstaltungen** und Verbesserungsmöglichkeiten. Die Studie wird auch der PG Fortbildung helfen, die sich umfassend mit dem Thema auseinandersetzt. Wir bitten die angeschriebenen Kolleginnen und Kollegen um rege Beteiligung!

*Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte),  
Ernst Scharbach (Beamte)*

Stark, sicher, kompetent!



Gewerkschaft der Polizei

Im Jahr 2008 lag im Geschäftsbereich des ISM die **Quote der Schwerbehinderten** bei 5,89%. Das ISM muss nach § 80 II SGB IX keine Ausgleichsabgabe zahlen, da die Mindestquote von 5% überschritten ist. Das Innenministerium ist damit bei der Integration behinderter Menschen vorbildlich!

Anlässlich des NATO-Gipfels wurden die BFE-Kräfte mit dem **Pfefferspray RSG 8** ausgestattet und gesondert beschult. Die Ausstattung des PED, z. B. der MEGs, soll geprüft werden.

Die AG „**Förderung der interkulturellen Kompetenz**“ hat einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der in den BuE umgesetzt werden soll. Bisherige Trainingsprobeläufe führten teils zu heftigen Kritiken, die ihrerseits zu Änderungen an den Trainings führten. Am 21. April führte das ISM ein Seminar „Polizeiarbeit in multikulturellen Gesellschaften“ durch.

Das ISM hat eine neue Lenkungsgruppe inklusive einer Geschäftsstelle eingerichtet. Ziel ist die Abarbeitung der Arbeitspakete **AG KEL** (herausragende Kriminalitäts- und Einsatzlagen), der **PG**

## KG ENKENBACH-ALSENBORN

# Baustellenparty

Die KG Enkenbach-Alsenborn veranstaltete am 19. März diesen Jahres ihre Frühjahrsveranstaltung im Rahmen der Personalratswahlen 2009. Wie die KG ihre Veranstaltung im E-Gebäude in Enkenbach trotz erheblicher Baumaßnahmen gemeistert hat, so wird auch unsere GdP die Baustelle „Personalratswahlen



2009“ meistern!! An diesem Abend konnten sich unsere Gäste aus allen Bereichen der Kreisgruppe, des Polizeipräsidiums Westpfalz sowie der LPS zu einem gemütlichen Plausch zusammensetzen.

*Thomas Sutter,  
KG-Vorsitzender  
Enkenbach-Alsenborn*





## Entdecke den neuen Opel Insignia

Neuer Name, neues Auto, neue Ära: Mit wegweisendem Design, innovativen Technologien für maximale Sicherheit, souveräner Dynamik und perfekter Ergonomie lädt der Opel Insignia Sie ein, Opel neu zu entdecken. Ob als Limousine mit Coupécharakter oder Sports Tourer (Bild oben) mit eleganter Linienführung – Maßstäbe setzen alle Insignia Varianten.

**20 % Rabatt für GdP-Mitglieder**  
**[www.psw-neufahrzeuge.de](http://www.psw-neufahrzeuge.de)**

## Besuch im rheinhess. Fahrradmuseum

Auf Einladung von Kollege Hermann Lutz besuchten die Senioren der Kreisgruppe Mainz am Mittwoch, dem 18. März 2009, das rheinhessische Fahrradmuseum. Zunächst begrüßte uns Bürgermeister Dieter Faust und stellte informativ und ausführlich seine Stadt Gau-Algesheim vor und vermittelte uns Einzelheiten, die sogar Gau-Algesheim-Kenner noch nicht wussten. Ebenso interessant waren die Erläuterungen und Informationen von Hermann Lutz, der uns mit ausgezeichnetem Wissen die verschiedenen Exponate im



Museum vorstellte. Da die meisten unserer Gruppe allein altersbedingt schon viele Entwicklungen der Fahrräderkonstruktion miterleben durften, war es doch sehr interessant, die Ur-Modelle zu sehen und erläutert zu bekommen. Vom Holzlaufrad bis zur modernsten Karbon-Rennmaschi-

ne war alles zu besichtigen. Am interessantesten jedoch waren die handgefertigten, rustikalen „Räder“, die in afrikanischen Bevölkerungskreisen mangels technischer und finanzieller Mittel heute noch in Gebrauch sind.

„Fachgesimpelt“ wurde dann bei Tagesausklang in einer Gau-Algesheimer Pizzeria. Fast alle Themen, die uns Senioren doch sehr interessieren, wurden gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der Senioren der GdP, Rainer Blatt, erörtert.

Mit der Feststellung, wichtige Sachverhalte und Informationen demnächst bei weiteren Treffen und Seminaren zu beraten, verabschiedeten wir uns.

Ein wahrlich interessanter Tag!

**H.-J. Rinner  
Otto Bertram**

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Renate Streit, KG PD Wittlich  
Dieter Schorch, KG Rhein-Nahe  
Rainer Coßmann, KG PP/PD Koblenz  
Rudi Röhrig, KG PP/PD Mainz

Bruno Palzer, KG LKA  
Herbert Lorenz, KG PP/PD Mainz  
Norbert Mostert, KG PP/PD Mainz

## WIR TRAUERN UM

Elisabeth Schneider, 74 Jahre, KG Wasserschutzpolizei  
Franz Barth, 74 Jahre, KG PP/PD Koblenz

**Wie werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**

**Innenstaatssekretär Roger Lewentz eröffnete im Rahmen einer kleinen Festveranstaltung die erste Digitalfunk Basisstation auf Mont Royal bei Traben-Trarbach**

Die Projektgruppe Digitalfunk hatte zur Installation des Stehcontainers am Antennenstandort der Deutschen Funkturm GmbH auf Mont Royal am 1. April eingeladen. Als Hauptredner brachte Innenstaatssekretär Lewentz seine Freude darüber zum Ausdruck, dass nun das Zeitalter des Digitalfunks in RP beginnen würde. Mont Royal sei der erste Standort eines solchen Stehcontainers von insgesamt 280



Standorten im Land. Er verdeutlichte die Wichtigkeit einer flächendeckenden Ausleuchtung durch den Digitalfunk, der die Arbeit der Sicherheitsorganisationen, u. a. auch für die Polizei, hat. Weitere Sprecher an diesem Tag waren der Geschäftsführer Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung RP (LBB), Herr Heimann; der Geschäftsführer Landesbetrieb Daten und Information (LDI), Herr Bongarth, sowie der Geschäftsführer Deutsche Funkturm GmbH, die den Sendemast zur Verfügung gestellt hatte, Herr Pospischil.

Über ein mobiles Funkgerät gab Staatssekretär Lewentz dann dem Kranführer den Auftrag, den Container an seinen endgültigen Platz zu positionieren.

Josef Schumacher, beim Empfang ebenfalls anwesend, hatte im Vorfeld zur Einführung gemeinsam mit der GdP Rheinland-Pfalz und GdP Bund auf die Hinweise aus Großbritannien auf mögliche gesundheitliche Belastungen hingewiesen. Dort waren nach Einführung des Tetra-Funksystems Erkrankungen bei Kolleginnen und Kollegen aufgetreten. Über die gesundheitlichen Bedenken wurde seitens GdP Bund dann auch der Präsident des BDBOS informiert, es wurde zwischenzeitlich zugesichert, dass im Zusammenhang mit dem Bundesinstitut für Strahlenschutz (BfS) der Gesundheitsschutz eine besondere Beachtung erfährt. *red.*

